

Formblatt 1: Teilnahmeantrag

Hiermit bewerben wir uns um die Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren *Dekarbonisierung und Flexibilisierung der Wärme- und Stromerzeugung in der Altmühltherme Treuchtlingen durch eine KI-basierte Energiemanagementlösung in Verbindung mit Installation von Anlagen zur Elektrifizierung und Instandsetzungsmaßnahmen an der technischen Gebäudeausrüstung*

Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaft

Firmenname:
(bzw. Name der Bewerbergemeinschaft)

Bevollmächtigter Vertreter:
(Name, Vorname)

Telefonnummer:

Faxnummer:

Firmenanschrift:
.....

Hinweis:

Bei Bewerbergemeinschaften sind der Name der Bewerbergemeinschaft, die Anschrift sowie die Telefon- und Faxnummer des bevollmächtigten Vertreters der Bewerbergemeinschaft anzugeben. Die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft sind im Formblatt „Bewerbergemeinschaftserklärung“ anzugeben.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Unterschrift)

Formblatt 2: Eigenerklärung zu Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB)

Eigenerklärungen für das Unternehmen

Name, Anschrift

Ich bin/wir sind in diesem Vergabeverfahren

- Bewerber Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Hinweis:

Bei **Bewerbergemeinschaften** ist dieses Formblatt von **jedem Mitglied** der **Bewerbergemeinschaft** gesondert auszufüllen und zu unterzeichnen.

- Erklärung zu § 123 Abs. 1 bis 3 GWB**

Ich erkläre/wir erklären, dass keine rechtskräftige Verurteilung einer Person, deren Verhalten nach § 123 Abs. 3 GWB, meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB und keine rechtskräftige Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) gegen mein/unser Unternehmen wegen einer Straftat im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB vorliegt; einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne von § 123 Abs. 1 GWB stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

- Erklärung zur Zahlung von Steuern und Abgaben, sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung gem. § 123 Abs. 4 GWB**

Ich erkläre/wir erklären, dass mein/unser Unternehmen seiner Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB).

Erklärung zu § 124 Abs. 1 GWB

Ich erkläre/wir erklären, dass

- mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB),
- mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet und seine Tätigkeit nicht eingestellt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB),
- mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB),
- mein/unser Unternehmen keine Vereinbarung mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB).

Erklärung zum Arbeitnehmerentsendegesetz, Aufenthaltsgesetz, Mindestlohngesetz und Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz

Ich erkläre/wir erklären, dass für mein/unser Unternehmen kein Ausschlussgrund im Sinne von § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes oder § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) vorliegt.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Unterschrift)

Formblatt 2.1: Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k) der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8.April 2022

Eigenerklärung für das Unternehmen

Name, Anschrift

Ich bin / wir sind in diesem Verfahren

Bewerber Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Hinweis: Bei Bewerbergemeinschaften ist dieses Formblatt von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft gesondert auszufüllen und zu unterzeichnen.

Die nachfolgende Erklärung gebe/n ich/wir verbindlich ab (ggf. zugleich in Vertretung für die lt. Teilnahmeantrag / Angebot Vertretenen auch für diese):

1. Der / die Bewerber / Bieter gehört / gehören **nicht** zu den

in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren,

genannten Personen oder Unternehmen, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.

2. Die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, gehören ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift.

3. Es wird bestätigt und sichergestellt, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

(Ort, Datum)

(Firmenstempel, Unterschrift)

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 23 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 lautet wie folgt:

(1) *Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 und 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:*

- a) *russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,*
- b) *juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder*
- c) *natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,*

auch solche, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) *Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für*

- a) *den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,*
- b) *die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,*
- c) *die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,*
- d) *die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.*
- e) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder*
- f) *den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.*

(3) *Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.*

(4) *Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.*

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung

Eigenerklärungen für das Unternehmen

Name, Anschrift

Ich bin/wir sind in diesem Vergabeverfahren

Bewerber Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

Bei **Bewerbergemeinschaften** ist dieses Formblatt von **jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft** gesondert auszufüllen. Bei der Wertung wird die Summe der Angaben berücksichtigt.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Wir erklären, dass unser Unternehmen in folgendes Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist:

Wir erklären, dass wir in den angegebenen Jahren folgenden Gesamtumsatz und Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des zu vergebenden Auftrags erzielt haben:

Jahr	Gesamtumsatz (in EUR, netto)	Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des zu vergebenden Auftrags (in EUR, netto)
2021		
2022		
2023		

Die Jahresabschlüsse der letzten zwei abgeschlossenen Geschäftsjahre / andere geeignete Unterlagen zur Beurteilung der Solvenz unseres Unternehmens sind als Anlage beigefügt.

Anlage

Wir erklären, dass wir eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5 Mio. EUR für Personenschäden und 5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden abgeschlossen haben.

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Ich erkläre/ wir erklären, dass wir die nachfolgend genannten Projekte, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, durchgeführt haben.

Vergleichbar sind Projekte, die folgende Merkmale aufweisen:

- Implementierung einer Energiemanagementlösung zur flexiblen Regelung mehrerer Strom- und Wärmeerzeuger (Angabe der Anzahl der Erzeuger) unter Berücksichtigung von Last, Erzeugung, PV-Erträgen und Energiemarktpreisen
- Ausführung von gewerkeübergreifenden Leistungen in der technischen Gebäudeausrüstung als Generalunternehmer / Generalübernehmer

Unser Unternehmen ist in dem Tätigkeitsbereich seit tätig.

Wir unterhalten einen Unternehmens- und Servicestandort in Deutschland: ja

Der nächstgelegene Unternehmens- und Servicestandort befindet sich in einer Entfernung zum Ausführungsort von < 100 km > 100 km

Die Erteilung von Unteraufträgen ist geplant ja

Wenn ja, bitte die Gewerke und den Umfang des Gewerkes am Gesamtauftrag (in %) im folgenden angeben

Gewerk: Umfang:

Gewerk: Umfang:

Gewerk: Umfang:

Wir erklären, dass wir in den Jahren 2021 - 2023 durchschnittlich folgende Anzahl an Beschäftigten hatten / haben

2021

2022

2023

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung

Referenz 1

Bezeichnung der Referenz	
Ort	
Erbrachte Leistungen	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Zeitpunkt der Fertigstellung des Vorhabens; ggf. voraussichtlicher Zeitpunkt der Fertigstellung	
Investitionsvolumen	
Name und Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, E-Mail, Telefon)	

Kurzbeschreibung des Projekts und der erbrachten Leistungen ist als Anlage beigefügt

ja nein

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung

Referenz 2

Bezeichnung der Referenz	
Ort	
Erbrachte Leistungen	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Zeitpunkt der Fertigstellung des Vorhabens; ggf. voraussichtlicher Zeitpunkt der Fertigstellung	
Investitionsvolumen	
Name und Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, E-Mail, Telefon)	

Kurzbeschreibung des Projekts und der erbrachten Leistungen ist als Anlage beigefügt

ja nein

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung

Referenz 3

Bezeichnung der Referenz	
Ort	
Erbrachte Leistungen	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Zeitpunkt der Fertigstellung des Vorhabens; ggf. voraussichtlicher Zeitpunkt der Fertigstellung	
Investitionsvolumen	
Name und Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, E-Mail, Telefon)	

Kurzbeschreibung des Projekts und der erbrachten Leistungen ist als Anlage beigefügt

ja nein

Formblatt 3: Eigenerklärung zur Eignung

Für weitere Referenzen weiter durchnummerieren und ausfüllen.

Referenz

Bezeichnung der Referenz	
Ort	
Erbrachte Leistungen	
Zeitraum der Leistungserbringung	
Zeitpunkt der Fertigstellung des Vorhabens; ggf. voraussichtlicher Zeitpunkt der Fertigstellung	
Investitionsvolumen	
Name und Anschrift des Auftraggebers	
Ansprechpartner beim Auftraggeber (Name, E-Mail, Telefon)	

Kurzbeschreibung des Projekts und der erbrachten Leistungen ist als Anlage beigefügt

ja nein

Formblatt 4: Bewerbergemeinschaftserklärung

Hinweis: Dieses Formblatt ist nur von Bewerbergemeinschaften auszufüllen und abzugeben und von jedem Bewerbergemeinschaftsmitglied zu unterschreiben.

Wir, die Mitglieder der Bewerbergemeinschaft _____
bestehend aus

Mitglied 1 _____

Mitglied 2 _____

Mitglied 3 _____

benennen folgenden bevollmächtigten Vertreter für die Bewerbergemeinschaft:

Name _____

Anschrift _____

Telefax _____ Email _____

Wir erklären hiermit zugleich,

- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber der Vergabestelle – auch bei der Angebotsabgabe – rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft von der Angebotsabgabe an und auch im Falle der Beauftragung als Gesamtschuldner haften.

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift

Ort, Datum

Firmenstempel, Unterschrift

Hinweis:

Hat die Bewerbergemeinschaft mehr als drei Mitglieder, kann das Formular beliebig erweitert werden.

Formblatt 6: Verpflichtungserklärung LTMG

Verpflichtungserklärung

für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

Ich erkläre / Wir erklären,

- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein / unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht (derzeit mindestens 8,84 Euro - brutto - pro Stunde).
- dass ich mir / wir uns von einem von mir / uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse / lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

Ich bin mir / Wir sind uns bewusst, dass

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die

Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- mein / unser Unternehmen sowie die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem / unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines / unseres Unternehmens sowie der von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
 - den Ausschluss meines / unseres Unternehmens oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
 - mein / unser Unternehmen oder die von mir / uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
 - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
 - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

(Ort, Datum)

(Unterschrift, Firmenstempel)